

Roman Klimke*, Niklas Potrafke und Markus Reischmann

Im Herbst 2017 steht die nächste Bundestagswahl an. Union und SPD scheinen sich schon warm zu laufen und mit neuen Rentengeschenken die Wähler locken zu wollen. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer erklärte mal eben die private Riester-Rente für gescheitert, verkündete das Ende des neoliberalen Zeitalters in der Rentenpolitik und versprach, das Rentenniveau nicht weiter abzusenken.

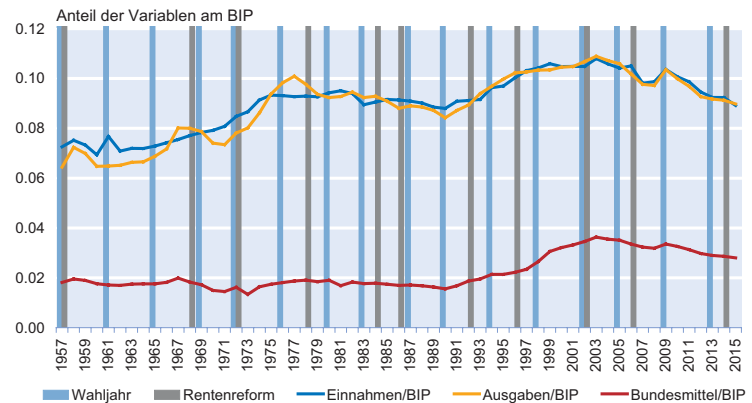
Prima Schützenhilfe für eine Ausweitung der Rentenleistungen hat auch Andrea Nahles am 1. Mai geleistet und klargestellt, dass die vielen schlaun Rentenratgeber mit ihrem Gerede vom demographischen Wandel und davon, dass wir nun länger arbeiten müssten, keine Ahnung hätten. Diese haben ja schließlich auch nicht »Rücken« oder kaputte Knie. Bei solch einem Getrommel schlägt das Gewerkschaftlerherz gleich viel höher. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel verkündete, die Rente zum Wahlkampfthema machen zu wollen: Ein Dauerbrenner? Nachdem vor der Bundestagswahl 2009 ein niedrigeres Rentenniveau abgewendet wurde, darf man vermuten, dass vor Bundestagswahlen gerne Rentengeschenke verteilt werden.

Die dynamische Rente nach dem bis heute gültigen Umlageverfahren wurde 1957 von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) eingeführt. Innerhalb der Regierung gab es dagegen Widerstand von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, der sich um die Nachhaltigkeit des neuen Rentensystems sorgte: Bis dahin war die gesetzliche Rentenversicherung nach dem Kapitaldeckungsverfahren organisiert. Adenauer begegnete der Kritik mit der Aussage »Kinder kriegen die Leute immer«. Das Umlageverfahren funktioniert eben nur dann, wenn es stets genügend Junge gibt, die die Rente der Alten finanzieren. Wahltaktisch war die Einführung der dynamischen Rente im Jahr 1957 ein voller Erfolg: CDU/CSU gewannen die Bundestagswahl mit absoluter Mehrheit.

Abbildung 1 zeigt die Einzahlungen und Auszahlungen der deutschen Rentenversicherung sowie die Bundesmittel als Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Die Jahre, in denen Bundestagswahlen stattfanden, sind blau und die Jahre mit bedeutenden Rentenreformen sind grau gekennzeichnet.

Innerhalb der letzten 60 Jahre wurden die Rentenleistungen dreimal unmittelbar vor Bundestagswahlen ausgeweitet. Neben der großen Rentenreform von 1957 geschah dies 1972 durch die Einführung einer flexiblen Altersgrenze und der Ausweitung des Versicherungsangebots auf Selbstän-

Abb. 1
Entwicklung der Einzahlungen, Auszahlungen und Bundeszuschüsse an die Deutsche Rentenversicherung



Quelle: Rentenversicherung in Zeitreihen, Deutsche Rentenversicherung, 21. Auflage (2015).

dige und Hausfrauen, mit Hilfe derer Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) den Wahlkampf gewann. Vor der Wahl im Jahr 1987 weitete die schwarz-gelbe Koalition die Hinterbliebenenrente auf Männer aus und rechnete Kindererziehungszeiten als sozialen Ausgleich für Eltern auf die Rente an. Nicht zuletzt durch den Einsatz des damaligen Sozialministers Norbert Blüm, der sich in Zeiten schwindenden Vertrauens der Bürger und steigender Beitragszahlungen für das System Generationenvertrag verbürgte (»Denn eins ist sicher: die Rente«), gelang Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) die Wiederwahl.

Oft wurden Rentenleistungen unmittelbar nach Bundestagswahlen und inmitten von Legislaturperioden ausgeweitet. Jüngste Beispiele dafür sind die Rente mit 63 und die Mütterrente zu Beginn der gegenwärtigen Legislaturperiode. Ebenso verteilte die neu gewählte rot-grüne Koalition unter Kanzler Schröder (SPD) im Jahr 1998 großzügig Rentengeschenke. Durch die Erhöhung der Bundeszuschüsse und die Abschaffung des demographischen Faktors gelang es ihr, den Beitragssatz konstant zu halten und die Auszahlungen vorläufig weiterhin an die Nettolohnentwicklung zu koppeln.

Jedoch gab es in Jahren vor Bundestagswahlen auch manchmal Rentenkürzungen. So beschloss die schwarz-gelbe Regierung direkt vor der Wahl 1998 die Einführung des demographischen Faktors, der ein langsames Rentenwachstum bewirkt und faktisch eine Rentenkürzung bedeutet hätte. Die rot-grüne Koalition beschloss 2001 unmittelbar vor der Wahl eine Senkung des Rentenniveaus von 70 auf 67%. Das spricht wahrlich nicht für wiederwahlgetriebene Rentenpolitik.

Auch statistische Analysen mittels t-Tests auf Mittelwerte zeigen nicht, dass sich Einzahlungen, Auszahlungen und Bundesmittel in Vorwahljahren, Wahljahren und Nachwahl-

¹ Dieser Artikel ist in ähnlicher Form am 19. Juli 2016 in der taz erschienen.
* Roman Klimke war von April bis Juni 2016 Praktikant im ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

jahren signifikant von den Werten anderer Jahre unterscheiden (vgl. auch Potrafke 2012). Bundestagswahlen haben somit in der Vergangenheit weder zu kurzfristigen Ausgabenerhöhungen in oder unmittelbar vor Wahljahren geführt noch wurden Beitragszahler durch vorübergehende Ausweitungen der Bundesmittel kurzfristig entlastet.

Am stärksten haben makroökonomische Ereignisse und politische Umwälzungen die Rentenfinanzierung beeinflusst. Beispielsweise stiegen die Bundeszuschüsse im Jahrzehnt der Wiedervereinigung rasant an, während die jährlichen Salden unter null sanken. Dies kann kaum einer plötzlichen Abkehr Kohls von seiner restriktiven Rentenpolitik im Wahljahr 1990 zugeschrieben werden, sondern der finanziellen Zusatzbelastung durch die gewollte Eingliederung Tausender neuer Rentner aus Ostdeutschland, die nie in die westdeutschen Rentenkassen eingezahlt hatten. Weil Bundeskanzler Kohl die deutsche Einheit ersehnte, gab er seinem Finanzminister Theo Waigel vor, dabei nicht jeden Pfennig zweimal umzudrehen.

Entgegen dem Eindruck, den man durch die jüngsten Aussagen von Spitzenpolitikern gewinnen konnte, gehen Rentengeschenke und Bundestagswahlen nicht Hand in Hand. Deskriptive Analysen zeigen, dass Rentenleistungen ebenso häufig nach Wahlen ausgeweitet werden und dass Regierungsparteien mitunter sogar während Bundestagswahlkämpfen Kürzungen beschlossen haben. Die Aussagen von Politikern der letzten Monate sind verfrühte Wahlkampfretorik gewesen. Ob solche Geschenke dann tatsächlich vor der Bundestagswahl verteilt werden, erscheint aufgrund der Rentenpolitik der vergangenen 60 Jahre fraglich. Das lässt hoffen, denn wir haben keine Rentengeschenke zu verteilen. Es ist vielmehr dringend erforderlich, dass wir im Zuge des demographischen Wandels länger arbeiten.

Literatur

Potrafke, N. (2012), »Is German domestic social policy politically controversial?«, *Public Choice* 153, 393–418.